

# Beschlussbuch 2021/I

cvtx

9. Februar 2024

# Inhaltsverzeichnis

<b>LAT Leitantrag</b>	<b>1</b>
<b>LAT1 Organisationspolitische Neuaufstellung</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	1
<b>RAG Richtlinienändernde Anträge</b>	<b>10</b>
<b>RAG1 Landesvorstand</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	10
<b>RAG2 Gerichtliche und Außergerichtliche Vertretung des Landesverbands</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	12
<b>RAG3 Gleichstellung von Männern und Frauen</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	13
<b>RAG4 Ortsvereine III</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	14
<b>RAG5 Gliederung Unterbezirke</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	15
<b>RAG6 Landesvorstand und Präsidium</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	16
<b>RAG7 Spitzenkandidaturen</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	17
<b>RAG8 Ortsvereine I</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	18
<b>RAG9 Ortsvereine II</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	19
<b>RAG11 Ortsvereine V</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	20
<b>RAG12 Unterbezirksparteitage</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	21
<b>RAG13 Landesvertreter*innenversammlung</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	22
<b>RAG14 Kleiner Landesparteitag</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	23

<b>RAG15 Wahl Spitzenkandidat*in</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	24
<b>RAG16 Landeswahlprogramm</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	25
<b>RAG17 Aufgaben des Landesvorstands</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	26
<b>RAG18 Landespräsidium</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	27
<b>RAG19 Aufgaben Landespräsidium</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	28
<b>RAG20 Aufgaben Landespräsidium II</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	29
<b>RAG21 Aufgaben Landespräsidium III</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	30
<b>RAG22 Beratende Mitglieder Kleiner Landesparteitag</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	31
<b>RAG23 Einberufungen Kleiner Landesparteitag</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	32
<b>RAG24 Einberufung und Leitung Landesvertreter*innenversammlung</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	33
<b>RAG26 Sonderbeiträge, Spenden und Kassenführung</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	34
<b>RAG27 Fraktionsgemeinschaften</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	35
<b>RAG28 Delegiertenschlüssel</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	36
<b>RAG30 Ein Arbeitsprogramm für die BayernSPD</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	37
<b>RAG32 Ermöglichung der Wahl einer Doppelspitze für den Landesvorstand</b>	
<i>Erledigt durch SAG1</i> . . . . .	38

## **A Arbeit** 39

<b>A1 Einschränkung sachgrundloser Befristungen noch in dieser Wahlperiode umsetzen!</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	39

<b>A2 14 € Mindestlohn</b>	<b>40</b>
.....	
<b>A3 Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen im Einzelhandel</b>	<b>41</b>
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> .....	
<b>P Partei, Struktur und Organisation</b>	<b>42</b>
<b>P1 Für ein besseres Morgen in die Bundestagswahl 2021</b>	<b>42</b>
<i>Annahme</i> .....	
<b>S Soziales, Gesundheit und Pflege</b>	<b>46</b>
<b>S1 Pandemie global besiegen – Impfstoff für alle Länder ermöglichen</b>	<b>46</b>
<i>Annahme</i> .....	
<b>R Rechtsextremismus bekämpfen und Antifaschismus</b>	<b>47</b>
<b>R1 Forderungen zum Thema Polizeigewalt und rassistischen Einstellungen in der Polizei</b>	<b>47</b>
<i>Annahme</i> .....	
<b>M Migration, Integration und Geflüchtete</b>	<b>48</b>
<b>M1 Geflüchtete aus Moria retten!</b>	<b>48</b>
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> .....	
<b>E Europa, Internationales und Frieden</b>	<b>49</b>
<b>E2 Keine atomare Rüstungsspirale</b>	<b>49</b>
<i>Annahme</i> .....	
<b>E4 Aufstehen gegen Internierungslager in China</b>	<b>50</b>
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> .....	
<b>U Umwelt, Energie und Verbraucherschutz</b>	<b>52</b>
<b>U2 Abschaffung der Subventionen für alle fossilen Energieträger</b>	<b>52</b>
<i>Annahme</i> .....	
<b>W Wirtschaft, Finanzen und Entwicklungszusammenarbeit</b>	<b>53</b>
<b>W2 Lieferkettengesetz jetzt!</b>	<b>53</b>
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> .....	

**Y Initiativanträge** **54**

**Y1 Gemeinsam die Pandemie bewältigen. Für eine verantwortungsvolle Pandemie-Politik.  
Nur eine Eindämmungsstrategie schafft Perspektiven.**

*Annahme in geänderter Fassung . . . . . 54*

**LAT Leitantrag****LAT1****Beschluss****Annahme in geänderter Fassung****Organisationspolitische Neuaufstellung**

Der 71. Ordentliche Landesparteitag in Bad Windsheim übertrug dem Landesvorstand den Auftrag eine organisationspolitische Kommission einzurichten. Sie sollte eine umfassende Bestandsaufnahme unserer Arbeitsstrukturen auf allen Ebenen erstellen, die an sie überwiesenen Anträge beraten und Vorschläge unterbreiten *„für zeitgemäße, beteiligungsorientierte Strukturen, die die Potentiale unserer Mitglieder heben, [und] durch eine effizientere Organisationsstruktur Entscheidungswege beschleunigen und eine direktere Mitarbeit der Basis ermöglichen.“* Vor dem Hintergrund unserer abnehmenden finanziellen und personellen Ressourcen legen wird mit dem vorliegenden Antrag die Ergebnisse dieses Prozesses vor und unterbreiten unsere Vorschläge für die Reformierung der Strukturen und Arbeitsweisen der BayernSPD. Dabei haben wir auch die Erfahrungen eingearbeitet, die wir im Zuge der Corona-Pandemie insbesondere mit der Digitalisierung unserer Arbeitsweise gemacht haben.

Mitbestimmung, Schlagkraft, Digitalisierung – das sind die Leitlinien unseres Vorschlags zur organisationspolitischen Neuaufstellung der BayernSPD. Wir wollen unsere Partei als progressive und zukunftsweisende politische Alternative in Bayern neu positionieren. Dazu gehört, dass wir nicht nur programmatisch, sondern auch strukturell dem gesellschaftlichen und technologischen Wandel Rechnung tragen. Die Demokratie von morgen braucht eine kampagnenfähige, innovative und bewegliche sozialdemokratische Partei, die sich als Keimzelle der freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft begreift. Deshalb wollen wir unsere Organisationskultur und Arbeitsweise zum ersten Ort der Realisierung unserer Grundwerte machen. Um diesem Anspruch gerecht zu werden und neue politische Schlagkraft zu entwickeln, zielen unsere Vorschläge darauf ab,

- die Potentiale unserer Partei und jedes einzelnen Mitglieds zu mobilisieren,
- unsere Ressourcen gezielter im Sinne unserer politischen Ziele einzusetzen,
- unseren Mitgliedern umfassendere Partizipationsmöglichkeiten zu eröffnen,
- die gesamte Partei und alle Mitglieder untereinander besser zu vernetzen,
- und neue Kompetenzen für unsere Partei zu entwickeln.

Um diese Vorhaben umzusetzen, müssen wir den Mut aufbringen, bestehende Strukturen zu verändern, zu verschlanken und punktuell hinter uns zu lassen. Wenn wir künftig über zeitgemäße Arbeitsstrukturen verfügen wollen, dann bedeutet dies, dass wir einerseits neue Beteiligungs- und Kommunikationsinstrumente einführen müssen und andererseits unsere bestehenden Verfahren und Gremien neu ordnen müssen. Wir wollen, dass die BayernSPD zur „Partei der kurzen Wege“ wird, die auf allen Ebenen modern, beteiligungsorientiert und kampagnenfähig ist, die sich im Sinne einer lernenden Organisation

stetig weiterentwickelt und die sich hinsichtlich ihrer Arbeitsweise, Organisationskultur und internen wie externen Kommunikation stets auf der Höhe der Zeit bewegt.

Zur organisationspolitischen Neuaufstellung der BayernSPD schlagen wir deshalb vor, dass wir

1. bei der Umsetzung unserer programmatischen Beschlüsse in konkretes politisches Handeln unsere Effizienz, Geschwindigkeit und Wählerorientierung verbessern,
2. unsere Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse – gerade auch bei allen Aufstellungsverfahren für Ämter und Mandate – offener, transparenter und demokratischer gestalten,
3. unsere Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften stärken und mehr Präsenz in der Fläche zeigen,
4. neue Orte des parteipolitischen Engagements und Austausches schaffen und uns stärker dem vorpolitischen Raum in seiner gesamten pluralistischen Breite öffnen,
5. die Einbindung und Betreuung unserer Mitglieder professionalisieren,
6. politische Bildungsarbeit wieder zu einem elementaren Baustein unserer Parteiarbeit machen,
7. und unseren organisatorischen Aufbau, Verwaltung, Kommunikation, Antragswesen, Delegierten- und Vorstandswahlen über alle Ebenen hinweg stärker vereinheitlichen, synchronisieren und digitalisieren.

Wir unterbreiten diese Vorschläge in dem Bewusstsein, dass die organisatorische Weiterentwicklung der BayernSPD und die Anpassung unserer Strukturen an die Herausforderungen und Veränderungen des 21. Jahrhunderts eine Daueraufgabe bleibt. Die Verankerung und Verfolgung dieses Leitgedankens ist künftig eine zentrale Aufgabe der Parteispitze.

### **1. Beschlusslagen umsetzen: effektiv, schnell, wählerorientiert**

Wir wollen unser politisches Programm effektiver umsetzen, im politischen Tagesgeschäft schneller agieren, bei der Planung und Durchführung unserer Kampagnen und Wahlkämpfe schlagkräftiger werden und unsere Außenkommunikation spürbar verbessern.

Deshalb werden wir die Zuständigkeiten des Landesvorstands und Präsidiums neu ordnen und beide Gremien verkleinern, um ihnen eine effektivere Arbeitsweise zu ermöglichen. Unsere Vorstandsmitglieder werden sich künftig noch intensiver um ihre Betreuungsgebiete kümmern und Verantwortung für Prozesse und Projekte übernehmen. Durch klare Zuständigkeiten wird auch für die Mitglieder erkennbar sein, wer welche Verantwortung übernommen hat. In den Sitzungen des Landesvorstands werden wir uns künftig weniger mit organisatorischen Dingen befassen, um ausreichend Zeit für die gemeinsame Diskussion strategischer und programmatischer Fragestellungen zu haben. Dabei wünschen wir uns eine noch engere Abstimmung zwischen unserem Landesvorstand, unserer Landtagsfraktion, unserer Landesgruppe im Bundestag und unseren bayerischen Europaabgeordneten

Wir werden künftig jährliche und mehrjährige Programmschwerpunkte definieren, die wir bayernweit verfolgen wollen. Alle Ebenen können diese Schwerpunkte aufgreifen und auf ihre Arbeitsebenen übersetzen und entsprechende Aktionen, Veranstaltungen oder andere Umsetzungen durchführen. Zur Unterstützung wird der Landesverband neben seiner eigenen Öffentlichkeitsarbeit den Untergliederungen Hilfsmittel wie Aktionsideen, Handreichungen, Entwürfe für Pressemitteilungen oder Social-Media-Content zur Verfügung stellen.

Deshalb werden wir auf allen Ebenen die Verzahnung von Fraktionen und Partei vertiefen und auf die wechselseitige Einbindung von Parteifunktionär\*innen in die Fraktionen und Fraktionsmitgliedern in die Parteivorstände hinwirken. Dies kann beispielsweise durch Kooptierungen oder regelmäßige gemeinsame Sitzungen erreicht werden. Unsere Fraktionsmitglieder fordern wir zudem auf, regelmäßig in den Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften ihrer Gliederung über ihre politische Arbeit im einschlägigen parlamentarischen Gremium zu berichten.

## **2. Willensbildung und Entscheidungsfindung: transparent, effizient, demokratisch**

Wir sind der Ansicht, dass es in einem demokratischen System grundsätzlich gut ist, zwischen mehreren Bewerber\*innen eine Wahl zu haben. Wir ermuntern unsere Mitglieder daher auf allen Ebenen dazu, sich um Ämter und Mandate zu bewerben. Den Begriff „Kampfkandidatur“ wollen wir bewusst hinter uns lassen und für eine größere Transparenz bei unseren Aufstellungsverfahren sorgen. Unser Listenvorschlag zur Bundestagswahl soll die Vielfalt unserer Partei und der Gesellschaft abbilden, insbesondere Alter und Regionalität. Die Parität ist für uns selbstverständlich. Wir werden darauf achten, dass auch junge Menschen in den Parlamenten vertreten sind. Wir beziehen daher alle satzungsgemäßen AGs in den Aufstellungsprozess ein. Unseren Untergliederungen empfehlen wir, vergleichbare Schritte bei ihren Listenaufstellungen vorzunehmen.

Auf allen Ebenen sorgen wir bei unseren Parteitag und Konferenzen für zeitgemäße Arbeitsformen. Dazu gehört, dass nach Möglichkeit vollumfänglich digital gearbeitet werden kann. Unseren Ortsvereinen und Delegierten werden wir im Vorfeld weitreichende Informationen und Arbeitshilfen zur Verfügung stellen. Ortsvereine werden mit der Einberufung Musteranträge mit Erläuterungen und Hinweise zum Antragsgang erhalten. Für die Delegierten erstellen wir elektronische Informationen zum Ablauf, zum „who is who“ (Leitung, Antragskommission, MPZK) und zur Funktionsweise des Parteitages (Verfahren, Anträge auf Geschäftsordnung, Initiativanträge etc.). Um während des Parteitags mehr Zeit für die Antragsdiskussion zu haben und diese effektiver zu nutzen, werden wir die Zahl und Dauer der Grußworte deutlich reduzieren. Die Antragskommission erstellt eine Konsensliste mit Anträgen, bei denen mit breiter Zustimmung zu rechnen ist. Über diese Anträge stimmt der Landesparteitag en bloc ab. Auf Wunsch eines\*r Delegierten kann ein jeder Antrag aus dieser Konsensliste gelöst und separat behandelt werden. Der Landesvorstand sichtet die Liste vorab, um sicherzustellen, dass Anträge von größerer Wichtigkeit oder Brisanz dadurch nicht untergehen. Der Kleine Landesparteitag soll künftig zwingend nur in Jahren stattfinden, in denen kein „großer“ Landesparteitag stattfindet, sowie zur Reihung der bayerischen Kandidat\*innen für eine Bundesliste zur Europawahl und immer dann, wenn der Landesvorstand oder eine ausreichende Zahl von Bezirksverbänden einen kleinen Parteitag für notwendig erachtet.

Wir haben aus der Not der Corona-Pandemie geboren im September 2020 erstmals einen kleinen Landesparteitag online durchgeführt. Dabei hat sich gezeigt: Ein solches Format funktioniert; es kann Genoss\*innen die Beteiligung ermöglichen, die sich z.B. in Familienzeiten schwertun, die notwendige Zeit für einen Präsenzparteitag einschließlich An- und Abreise frei zu machen. Andererseits fehlen Online-Formaten die persönlichen Begegnungen, die auch außerhalb des eigentlichen Parteitagsgeschehens wichtig für die gemeinsame Arbeit in der Partei sind. In der Abwägung werden wir daher das Format des Online-Parteitags für den kleinen Landesparteitag weiterhin nutzen – möglicherweise auch als Hybrid-Parteitag – aber den klassischen Präsenz-Parteitag nicht vollständig ersetzen. Wir werden prüfen, ob eine häufigere Frequenz des kleinen Landesparteitags ermöglicht werden kann, abhängig von den finanziellen Möglichkeiten und so eine breitere Beteiligung an den inhaltlichen Entscheidungen auf Landesebene erreicht werden kann. Wir werden unser digitales Antragstool weiterentwickeln. Es soll die

Online-Eingabe und Nachverfolgung von Anträgen und Änderungsanträgen erlauben und über vielfältige Funktionen verfügen, wie die Möglichkeit zur Stellungnahme der adressierten Gliederung, Antragsuche per Schlagwort, Möglichkeit für Gliederungen sich bereits bestehenden Anträgen anzuschließen, Übersicht der vorgeschlagenen und abgestimmten Änderungen, Übersicht über thematisch verwandte Anträge und die aktuelle themenbezogene Beschlusslage etc.

Die Transparenz unserer Willensbildung und Entscheidungsfindung ist essenziell. Sie wirkt vertrauensbildend, da sie gewährleistet, dass sich unsere Mitglieder ausreichend informiert fühlen und ihre Beteiligungsrechte auch tatsächlich wahrnehmen können. Sie begünstigt eine wirkungsorientierte und qualitativ hochwertige Arbeit unserer Gremien und bewahrt unsere Partei damit vor Fehlentwicklungen. Und sie ermöglicht, die Leistungen und politischen Entscheidungen unserer Funktionäre und Delegierten zu bewerten. Aktuell bleibt die Kenntnis über Tagesordnungen, Diskussionsverläufe und die Ergebnisse von Vorstandssitzungen und Parteitag auf allen Ebenen in der Regel aber den Mitgliedern des jeweiligen Gremiums und wenigen Personen in deren Umfeld vorbehalten. Deshalb wollen wir die innerparteiliche Transparenz deutlich verbessern. Künftig wird jeder Vorstand – vom Ortsverein bis zum Landesverband – während seiner Sitzungen entscheiden, welche Tagesordnungspunkte in Diskussion und Ergebnis unmittelbar SPD-intern veröffentlicht werden. Die Inhalte werden innerhalb von vierzehn Tagen nach der Sitzung in einer Cloud abgespeichert, zu der alle Mitglieder der entsprechenden Gliederung Zugang erhalten. Darüber hinaus können die Vorstände optional allen Gliederungsmitgliedern die Möglichkeit zur Kommentierung einräumen. Über alle Parteitage und Konferenzen soll den Mitgliedern der jeweiligen Gliederungsebene künftig noch umfänglicher Bericht erstattet werden, so dass sie über das Beschlussbuch und die Medienberichte hinaus Kenntnis von deren Verlauf erlangen.

### **3. Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften stärken und Präsenz in der Fläche zeigen**

Die Ortsvereine sind für uns der Kern der politischen Arbeit der BayernSPD. In den vergangenen Jahren ist allerdings viel wertvolles Wissen über Ortsvereinsarbeit und Parteistrukturen verloren gegangen. Wir wollen, dass unsere Ortsvereine wieder zur Keimzelle der politischen Willensbildung und zum Gravitationszentrum des politischen Engagements innerhalb der Partei werden. Wir werden einen umfassenden Leitfadensatz zur internen Ortsvereinsarbeit und zur Außenkommunikation erstellen, gezielte Schulungsangebote bereitstellen und Best-Practice-Foren einrichten, um unsere Ortsvereine zu einer zeitgemäßen politischen Arbeit zu befähigen und ihre Kampagnenfähigkeit zu verbessern. Neugewählte OV-Vorstände werden zukünftig ein Begrüßungspaket erhalten, welches alle wesentlichen Informationen bezüglich ihrer Rechte und Pflichten sowie aller Unterstützungsangebote durch den Landesverband erhält. Wie bisher werden die OV-Vorsitzenden zu Beginn des Jahres automatisch eine Liste der Partei Jubilare von den Geschäftsstellen erhalten. Den Unterbezirken und Kreisverbänden empfehlen wir die Durchführung eines gesonderten, zentralen Ehrungsabends. Um die öffentliche Sichtbarkeit unserer Ortsvereine zu erhöhen, die rechtzeitige Wahl aller Delegierten zu gewährleisten und ein stimmiges Schulungsangebot für Ortsvereine bereitstellen zu können, werden wir bayernweit die Ortsvereine bitten, alle Jahreshauptversammlungen soweit möglich und rechtlich zulässig zu synchronisieren. Die Wahlen der OV-Vorstände sollen nach Möglichkeit ab 2021 landesweit in den ersten beiden Monaten ungerader Kalenderjahre stattfinden und die Wahlen der Delegierten auf allen Ebenen ab 2022 in den ersten beiden Monaten gerader Kalenderjahre (siehe auch Abschnitt 7).

Unsere Arbeitsgemeinschaften wollen wir wieder zu zentralen Orten der inhaltlichen Arbeit machen. Sie decken zentrale Themenfelder der Sozialdemokratie ab und leisten wertvolle Beiträge für unser politisches Programm. Wir wünschen uns, dass sie sich auf allen Ebenen noch intensiver in die Programm-

wicklung und -debatte einbringen. Wie für die Partei insgesamt gilt auch für die AGs: weniger Gremien-, mehr Programmarbeit und ganz besonders eine deutliche Intensivierung der Öffentlichkeits- und Verbändearbeit. Zugleich fordern wir die restliche Partei auf, das Fachwissen der AGs stärker abzufragen und ihre Anliegen regelmäßiger zu diskutieren, denn zu oft findet die Befassung mit den Themen der AGs fast ausschließlich in deren Gremien statt, obwohl eine stärkere Sensibilisierung für und Befassung mit ihren Anliegen für die gesamte Partei geboten wäre. Allen Unterbezirken legen wir deshalb nahe, zentrale Ansprechpartner der AGs zu benennen und diese ihren Ortsvereinen mitzuteilen, damit vor Ort einfacher auf die Expertise unserer AGs zugegriffen werden kann. Um die Effizienz und Effektivität unserer AGs zu optimieren, laden wir sie dazu ein, den Austausch über erfolgreiche Arbeitsweisen und -methoden untereinander zu intensivieren.

Als Volkspartei mit 1465 Ortsvereinen in ganz Bayern sind wir zugleich Flächenpartei. Für alle Gremien sollte gelten, dass sie soweit irgend möglich auch in der Fläche tagen. Auch der Landesvorstand und das Präsidium werden zu besonderen Anlässen und bei akzeptabler Erreichbarkeit Sitzungen außerhalb von München und Nürnberg abhalten.

#### **4. Neue Orte für das politische Engagement und den gegenseitigen Austausch**

Wir werden die Möglichkeit zur Beteiligung den heutigen Bedürfnissen und Lebensrealitäten anpassen und dafür sorgen, dass jedes Mitglied seine Partizipationsmöglichkeiten und Mitgliedsrechte auch ortsunabhängig und zeitlich flexibel vollumfänglich wahrnehmen kann. So gewährleisten wir, dass die Mitarbeit in der BayernSPD auch für jene (wieder) interessant und möglich wird, die sich aufgrund beruflicher oder familiärer Verpflichtung oder fehlender Parteistrukturen vor Ort aktuell nicht oder nur unzureichend an der Parteiarbeit beteiligen können oder die die klassischen Beteiligungsangebote unattraktiv finden. Nach außen streben wir eine umfassendere und festere Verankerung unserer Partei in den gesellschaftlichen Netzwerken an. Wir wollen dafür sorgen, dass wir wieder in allen relevanten Communities und zivilgesellschaftlichen Netzwerken vorkommen und uns deren Vertrauen erarbeiten. Dazu benötigen wir neue Schnittstellen und neue Mittler\*innen, die Impulse aus diesen gesellschaftlichen Gruppen aufnehmen und die unsere Politik in diesen Zusammenhängen erklären und verteidigen.

Als Ergänzung zu den klassischen Ortsvereinen legen wir unseren Untergliederungen nahe, digitale Ortsvereine zu gründen. Sie sollen als vollwertige Ortsvereine mit allen Rechten und Pflichten und eindeutiger Zuordnung des Mitglieds gegründet werden, in ihrer Arbeit aber auf starre Strukturen, Hierarchien und Formalitäten weitestgehend verzichten und unseren Mitgliedern unkonventionelle Formen des politischen Engagements ermöglichen. Der Landesverband wird die Unterbezirke bei der Einführung und dem Aufbau digitaler Ortsvereine fachlich beraten und ihnen die notwendige digitale Infrastruktur zur Verfügung stellen. Dazu wird er das Modell von „Dockland“ der Hamburger SPD prüfen und die dort gemachten Erfahrungen bei der Entwicklung seiner Empfehlungen berücksichtigen.

Wir werden die Gliederungen und die Arbeitsgemeinschaften der BayernSPD auch ermuntern, die in der Corona-Pandemie entwickelten digitalen Formate für Gremiensitzungen wie Mitgliederversammlungen beizubehalten. Gerade für Gliederungen mit einer großen räumlichen Ausdehnung, aber auch für Genoss\*innen, die aufgrund familiärer Verpflichtungen oder anderer Rahmenbedingungen nicht an den klassischen (Abend-)Terminen teilnehmen können, sind diese Formate ein Weg sich einzubringen. Davon profitiert auch die Partei, weil mehr Sichtweisen in Entscheidungen einfließen können.

Auf Ebene des Landesverbands werden wir themenorientierte Arbeitskreise gemäß §10 Abs. 4 Organisationsstatut durch den Landesvorstand einsetzen, die analog und digital arbeiten sollen. Sie sollen die

wertvolle programmatische Arbeit unserer Arbeitsgemeinschaften ergänzen und thematische Lücken schließen, die wir aktuell unzureichend bearbeiten. Die Themenschwerpunkte der Arbeitsgemeinschaften sollen weiterhin in diesen bearbeitet werden. Die neuen Arbeitskreise sollen in ihrem jeweiligen Themenfeld fachlich fundierte Vorschläge für eine zeitgemäße sozialdemokratische Politik entwickeln und diese in den innerparteilichen Diskurs einspeisen. Sie sollen als Schnittstelle zu Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft fungieren und externe Expertise in unsere programmatische Arbeit integrieren. Und sie sollen unseren Mandatsträger\*innen als kompetente Ansprechpartner\*innen beratend zur Seite stehen. Zudem werden wir einen wissenschaftlichen Beirat einrichten, der den Landesvorstand in seiner Arbeit bei der Entwicklung seiner langfristigen politischen Ziele perspektivisch beraten soll. Ihm werden Expert\*innen und Experten aus Wissenschaft und anderen Bereichen angehören, die vom Landesvorstand ernannt werden. Um die Sichtbarkeit der BayernSPD gemeinsam mit unseren starken Kommunalpolitiker\*innen zu steigern, wollen wir in Zukunft aktuelle landesweite kommunalpolitische Themen aufgreifen und sie für flächendeckende Kampagnen nutzen, die von Landesverband und Landtagsfraktion politisch begleitet werden. Dafür werden in Zusammenarbeit mit der SGK Bayern (Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik) regelmäßig allen kommunalpolitischen Mandatsträger\*innen und Fraktionen Antragsvorlagen zur Verfügung gestellt, in denen zu aktuellen Themen sozialdemokratische Forderungen rechtssicher formuliert werden.

Die Abstimmung der Gliederungsebenen miteinander, gemeinsame Planungen und ein guter Informationsfluss sind Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche politische Arbeit. Der Landesverband wird deshalb künftig wieder Unterbezirkvorsitzenden-Konferenzen einberufen und dabei moderne Formate zum Austausch jenseits der Gliederungsstruktur nutzen. Zudem empfehlen wir den Unterbezirken die regelmäßige Einberufung von Ortsvereinsvorsitzenden-Konferenzen.

Zur Sammlung und Weiterverbreitung von Best Practices werden wir online eine Ideenbörse eröffnen, auf die alle Gliederungen Zugriff erhalten und in der sie ihre Konzepte mit Durchführungshinweisen und Checklisten der gesamten Partei zur Verfügung stellen können. Die Einrichtung der Ideenbörse werden wir mit einem Wettbewerb zur Prämierung der besten Ideen flankieren.

## **5. Die BayernSPD ist und bleibt Mitgliederpartei**

Wir alle sind die BayernSPD. Wir setzen uns zum Ziel alle Mitglieder möglichst fest in unsere Arbeit einzubinden und ihre Kompetenzen zum Wohle der Partei optimal zu nutzen.

Wir werden die Begrüßung und Integration unserer Neumitglieder professionalisieren. Der erste Eindruck ist entscheidend. Das gilt auch bei einem Parteieintritt. Unser Ziel ist, dass jedes neue Mitglied nach der administrativen Bestätigung seines Eintrittes innerhalb von zwei Wochen angesprochen wird - per E-Mail oder im persönlichen Gespräch. Dabei sollen auch Motivation und Fähigkeiten der Eingetretenen erfasst werden, damit sie in unserer neuen Datenbank zugänglich gemacht werden können. Das Begrüßungsschreiben und -paket des Bundes werden wir durch ein Schreiben des Landesverbands ergänzen, in dem wir dem Neumitglied alle Beteiligungsmöglichkeiten innerhalb der BayernSPD vorstellen. Innerhalb des ersten Monats soll eine Einladung zu einer SPD-Veranstaltung des Ortsvereins oder Unterbezirks erfolgen. Bis Ende des 3. Monats erhält das Neumitglied sein Parteibuch und bis Ende des 6. Monats erfolgt eine weitere Kontaktaufnahme durch den Ortsverein. Jedem neuen Mitglied soll durch seinen Ortsverein ein\*e individuelle\*r Pate\*in an die Seite gestellt werden, die/der als Ansprechpartner\*in für Fragen zur Verfügung steht. Die Unterbezirke sollen zudem einmal jährlich eine Neumitgliederversammlung durchführen.

Wir werden unser Mitgliedermanagement weiterentwickeln. Für die Verwaltung der Mitglieder ist weiterhin der Landesverband zuständig. Die politische und persönliche Betreuung ist dagegen Aufgabe der ehrenamtlichen Funktionäre. Ihnen werden wir konkrete Begleitungsvorschläge, Gesprächsleitfäden und Tipps zu Team-Building und -Entwicklung an die Hand geben und auch für Rückgewinnungsgespräche bei Parteiaustritten professionelle Gesprächsleitfäden zur Verfügung stellen. Die Unterbezirke werden Mitgliederbeauftragte ernennen, die ein professionelles Mitgliedermanagement vor Ort organisieren und koordinieren, womit wir den Beschluss des Bundesparteitags umsetzen werden.

Innerhalb unserer Partei wissen unsere Mitglieder, Gremien, Fraktionen und Abgeordneten oft nicht voneinander, obwohl sie sich mit gleichen Fragen befassen oder an identischen Themen arbeiten. Diese Informationslücken werden wir schließen, um Expertenwissen einfacher in unseren eigenen Reihen zu identifizieren und für alle Gliederung abrufbar zu machen. Auch unternehmerische Angebote sollen erfasst werden, um den Gliederungen zu ermöglichen, gezielt Angebote für Dienstleistungen und Produkte von Genoss\*innen einzuholen. Bei Zustimmung werden diese Informationen auch in einem digitalen Referentenportal der BayernSPD zur Verfügung gestellt.

## **6. Politische Bildungsarbeit**

Unsere politische Schlagkraft erwächst aus unseren Mitgliedern und wir werden sie auf allen Ebenen dabei unterstützen, inhaltlich erfolgreich zu arbeiten und dauerhaft kampagnenfähig zu sein. Ein wesentlicher Baustein ist dabei der Ausbau unserer Bildungsangebote. Politik und Kommunikation haben sich im letzten Jahrzehnt rasant gewandelt und wir haben mit diesen Entwicklungen nur unzureichend Schritt gehalten. Wenn wir wieder schlagkräftig werden wollen, dann müssen wir sowohl unsere internen Arbeitsweisen als auch unsere Außenkommunikation umfassend modernisieren. Die hierzu notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten vermitteln wir über unsere Parteischule, den BayernSPD Campus. Dessen Angebot wollen wir kräftig ausbauen und mit den Bildungsangeboten unserer Gliederungen zusammenführen, so dass wir bayernweit eine Vielzahl qualitativ hochwertiger, aufeinander abgestimmter Veranstaltungen anbieten. In enger Zusammenarbeit mit der SGK Bayern werden wir dabei auch ein besonderes Angebot für die kommunale Ebene entwickeln. Gemeinsam mit der AsF wollen wir besondere Schulungsangebote für Frauen schaffen. Und wir werden ein Mentoring- und Nachwuchsförderprogramm aufsetzen, mit dem wir künftige Funktionär\*innen egal welchen Alters auf ihre baldigen Aufgaben vorbereiten. Für die Förderung von Mitgliedern unter 35 ist weiterhin die Arbeitsgemeinschaft der Jusos zuständig, deren eigenständige Förderungsprogramme wir ausdrücklich unterstützen. Unsere vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und den uns nahestehenden Akademien wollen wir im Rahmen des Netzwerks Politische Bildung weiter intensivieren. Unsere Mitglieder fordern wir dazu auf, den Erhalt der Akademie Frankenwarte, Franken-Akademie, des Bayerischen Seminars für Politik e.V. und der Georg-von-Vollmar-Akademie durch die Wahrnehmung von deren Angeboten, Spenden und Fördermitgliedschaften zu unterstützen.

Wir wollen Spitzenreiter bei der politischen Bildung innerhalb der SPD werden. Diese große Aufgabe kann allerdings von unseren Hauptamtlichen nicht allein geleistet werden. Wir haben den Campus bewusst als „Parteischule der Mitglieder für die Mitglieder“ konzipiert und fordern damit alle Genoss\*innen – ganz besonders unsere aktuellen und ehemaligen Funktionär\*innen und Mandatsträger\*innen – dazu auf, sich in die Bildungsarbeit einzubringen und Schulungen und Seminare im Rahmen des BayernSPD Campus‘ anzubieten. Bei den Veranstaltungen setzen wir auf eine gute Mischung zwischen Präsenzformaten, die auch das gegenseitige Kennenlernen und Vernetzen fördern, und Online-Formaten, die eine breitere Beteiligung ermöglichen.

Auf der Ebene der Bezirke und Unterbezirke werden wir Bildungsbeauftragte ernennen, die sich gemeinsam mit dem Landesverband um ein passgenaues Bildungsangebot in ihrer Gliederung kümmern, vor Ort nach geeigneten Trainer\*innen suchen und die angebotenen Veranstaltungen bewerben. Der Landesvorstand schlägt in einem Pool für die verschiedenen Themen geeignete Referent\*innen vor. Zu diesen werden künftig auch regionale und überregionale Best-Practice-Foren gehören, in denen die Ortsvereine erfolgreiche Konzepte und Methoden teilen und weiterentwickeln können.

## **7. Strukturen und Prozesse: einheitlich, synchron, digital**

Die Organisationspolitische Kommission hat im Rahmen der Bestandsaufnahme unserer Arbeitsstrukturen festgestellt, dass diese in vielen Fällen behäbig und uneinheitlich sind, eine zu steile Hierarchisierung aufweisen und oftmals nicht mehr mit einer ausreichend großen Anzahl an Aktiven hinterlegt werden können. Wir wollen unsere gegenwärtige, in weiten Teilen unübersichtliche Struktur mit ihrer überbordenden Zahl an Gremien lichten, Aufgaben und Zuständigkeiten klarer und systematischer ordnen sowie unnötige Doppelungen und Bürokratisierungen abbauen. Dadurch wollen wir mehr Kräfte, Zeit und finanzielle Ressourcen für unsere programmatische Arbeit, Außenkommunikation und gesellschaftliche Vernetzung freisetzen. Vorrangiges Ziel unserer organisationspolitischen Neuaufstellung muss es somit sein, unsere internen Strukturen erheblich zu straffen und zu vereinheitlichen und den internen Bürokratieaufwand deutlich zu senken.

Um diese Ziele zu verwirklichen, werden wir unsere Parteiarbeit umfassend digitalisieren und eine einheitliche IT-Infrastruktur schaffen, unsere Wahlen und Jahreshauptversammlungen bayernweit synchronisieren, sowie unseren Gliederungen unterhalb der Bezirksebene ein Angebot zur zukunftsorientierten Gebietsreform machen, um schrittweise eine einheitlichere Ebenen-Struktur in ganz Bayern zu realisieren.

Neue Entwicklungen im IT-Bereich sowie der digitale Wandel eröffnen uns vielfältige Möglichkeiten unsere Parteiarbeit zu optimieren, Einsparungen zu erzielen, Verwaltungsprozesse zu vereinfachen und ortsunabhängige Beteiligung zu realisieren. Wir werden eine BayernSPD-App für mobile Endgeräte einführen, die unseren Mitgliedern über einen einzigen Zugang vollen Zugriff auf unsere digitalen Beteiligungs- und Kommunikationsinstrumente ermöglicht. Die App wird u.a. den Zugriff auf einen digitalen Kalender, das digitale Antragstool und Online-Diskussionsforen und -Workspaces bieten. Zudem wird sie einen NewsFeed beinhalten, in dem wir alle digitalen Kommunikationskanäle der BayernSPD bündeln, so dass alle Informationen durch den Landesverband und seine Untergliederung künftig an einem Ort zu finden sind und die „E-Mail-Flut“ ein Ende haben wird. Auf Basis einer gründlichen Anforderungsanalyse werden wir zudem eine einheitliche IT-Infrastruktur mit zentralem Datenraum, Identity-Management und Support schaffen. Das erfolgreiche Angebot des Web-O-Mats, den inzwischen 745 Gliederungen und zahlreiche Mandatsträger\*innen und Kandidierende nutzen, werden wir mit neuen Funktionen weiterentwickeln und mit den neuen digitalen Instrumenten verzahnen.

Die Jahreshauptversammlungen der Ortsvereine sollen künftig soweit möglich und rechtlich zulässig in den ersten beiden Monaten jedes Kalenderjahres stattfinden, die der Kreisverbände und Unterbezirke im März und April. Die Neuwahlen der Vorstände sollen dabei in ungeraden Jahren, die der Delegierten in geraden Jahren stattfinden. Auf diese Weise können die kontinuierliche Arbeitsbelastung in den Geschäftsstellen reduziert und gleichzeitig die konzentrierten Unterstützungsleistungen für die Gliederungen (Mustereinladungen, Ablaufpläne) ausgeweitet werden. Zudem wird dadurch gewährleistet,

dass Delegiertenwahlen nicht mehr vergessen werden. Nach den Neuwahlen werden wir zielgerichtete Schulungsangebote für neue Ortsvereinsvorsitzende, Kassierer oder Delegierte anbieten.

Die wandelnden Anforderungen an die Kampagnenfähigkeit etwa in den sozialen Medien und die Unterstützung der ehrenamtlich Aktiven stellen auch unsere Landesgeschäftsstellen und Geschäftsstellen vor Ort vor Herausforderungen. Wir wollen deshalb für die Zeit nach der Landtagswahl 2023 ein Konzept entwickeln, wie wir im Einvernehmen mit unseren Mitarbeiter\*innen die Strukturen und Aufgabenverteilungen diesen Herausforderungen anpassen können.

Unseren Gliederungen unterhalb der Bezirksebene machen wir ein Angebot zur Gebietsreform, um bayernweit eine einheitliche, transparente vierstufige Gliederungsstruktur mit klarer Kompetenz- und Aufgabenzuordnung zu realisieren. Dadurch werden wir unsere Strukturen personell wieder angemessen bedienen können, deutliche Einsparungen erzielen, eine bessere Betreuung der einzelnen Gliederungsebenen durch den Landesverband ermöglichen, in vielen Bezirken Wahlkämpfer besser organisieren können, für (neue) Mitglieder aufgrund flacherer Hierarchien als Mitmachpartei attraktiver werden und insgesamt beweglicher, reaktionsschneller, handlungsfähiger und steuerbarer werden. Der Landesvorstand wird in den kommenden Monaten auf die Untergliederungen zugehen, um sie für diesen Prozess zu gewinnen und mit ihrem Einvernehmen die notwendigen Umsetzungsschritte in die Wege zu leiten.

**RAG Richtlinienändernde Anträge****RAG1****Beschluss****Annahme in geänderter Fassung****Landesvorstand**

Ersetze §14 durch:

"Dem Landesvorstand gehören an:

1. die oder der Landesvorsitzende oder zwei gleichberechtigte Vorsitzende, davon eine Frau,
2. zwei stellvertretende Landesvorsitzende,
3. die Landesschatzmeisterin oder der Landesschatzmeister,
4. die Generalsekretärin oder der Generalsekretär, sofern die Wahl dieses Amtes auf Antrag der oder des Vorsitzenden erfolgt,
5. die Sprecherin oder der Sprecher der bayerischen Europaabgeordneten der SPD,
6. die oder der Vorsitzende der Bayerischen SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag,
7. die oder der Vorsitzende der Landtagsfraktion der SPD im Bayerischen Landtag,
8. die Sprecherin oder der Sprecher der SPD-Bezirksrät\*innen im Bayr. Bezirketag,
9. die Vertreterinnen oder Vertreter der Landesarbeitsgemeinschaften gem. § 22 Absatz 4,
10. sechzehn weitere Mitglieder.

(1a) Der Landesparteitag beschließt im Rahmen der jeweiligen Wahl, ob ein Vorsitzender oder eine Vorsitzende oder aber zwei gleichberechtigte Vorsitzende, davon eine Frau, gewählt werden sollen; die Abstimmung über diese Frage erfolgt geheim nach den Regelungen der Wahlordnung für Einzelwahlen, stimmberechtigt sind nur die Mitglieder des Landesparteitags, die aktiv wahlberechtigt sind. Der Landesvorstand regelt im Rahmen der Vorgaben des Parteiengesetzes, des Organisationsstatus und der Finanz- und Schiedsordnung sowie dieser Satzung in einer Richtlinie, wann die beiden Vorsitzenden jeweils einzeln zur Wahrnehmung der entsprechenden Aufgaben befugt sind.

(1b) Der Landesparteitag kann in seiner Geschäftsordnung beschließen, dass die Wahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden in Einzelwahlen erfolgt.

- Mit beratender Stimme gehören dem Landesvorstand zudem an:

1. die Landesgeschäftsführerin bzw. der Landesgeschäftsführer,

2. die Bezirksvorsitzenden, die nicht kraft Wahl ordentliche Mitglieder des Landesvorstandes sind, wobei jeder Bezirk nur eine bzw. einen ihrer Vorsitzenden in den Landesvorstand entsendet,
  3. die bzw. der Vorsitzende der Landeskontrollkommission, Vertretung ist möglich,
  4. die bzw. der Vorsitzende des Betriebsrats, Vertretung ist möglich,
  5. eine Vertreterin oder ein Vertreter der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Bayern e.V.
- Die Geschäftsordnung des Landesvorstands kann darüber hinaus vorsehen, dass Vertreterinnen bzw. Vertreter der innerhalb der BayernSPD bestehenden Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreise und sonstigen Gremien sowie befreundeter Organisationen zu einzelnen Sitzungen beratend hinzugezogen werden können.
  - Die unter Absatz 1 Ziff. 5 bis 9 und Absatz 2 Ziff. 2 bis 5 genannten Mitglieder gehören dem Landesvorstand kraft Funktion an. Endet ihre Funktion vorzeitig, tritt die oder der vom entsendenden Gremium benannte kommissarische Vertreterin bzw. Vertreter einstweilen an ihre bzw. seine Stelle.“

## **RAG2**

### **Beschluss**

Annahme

### **Gerichtliche und Außergerichtliche Vertretung des Ladesverbands**

Füge ein in §1, Absatz 4 nach "dem oder der...": "bzw. den"

## **RAG3**

### **Beschluss**

#### **Annahme**

### **Gleichstellung von Männern und Frauen**

Ergänze nach §26, Abs 2 den neuen Abs 2a): “Allen Vorständen können zwei gleichberechtigte Vorsitzende, davon eine Frau, angehören. Zur Vertretung nach außen sind sie je einzeln berechtigt, soweit nicht Parteiengesetz, Organisationsstatut, Finanz-, Schieds- und Wahlordnung oder die Satzung der jeweiligen Gliederung gemeinsame Vertretung vorschreibt.”

## **RAG4**

### **Beschluss**

Annahme

### **Ortsvereine III**

Füge ein in §3, Abs. 4, Zeile a) nach "der oder dem...": "bzw. den"

## RAG5

### Beschluss

#### Annahme

### Gliederung Unterbezirke

Ändere §2, Absatz 2 SSie können, wenn ein örtliches Bedürfnis besteht, auf dem Gebiet mehrerer Kreise bzw. Städte, eines Bundeswahlkreises oder einer Planungsregion gebildet werden.“ in:

”Sie können, wenn ein örtliches Bedürfnis besteht, auf dem Gebiet mehrerer Kreise bzw. Städte oder eines Bundeswahlkreises gebildet werden.”

## **RAG6**

### **Beschluss**

**Annahme in geänderter Fassung**

### **Landesvorstand und Präsidium**

Füge ein nach §2, Absatz 6 den neuen Satz 6a:

“Im Rahmen der Vorgaben des Parteiengesetzes, des Organisationsstatus, dieser Satzung, der Satzung der jeweiligen Gliederung und von Richtlinien des Parteivorstands können Sitzungen der Gliederungen, des Landesvorstands und des Landespräsidiums auch online stattfinden und dort auch Beschlüsse gefasst werden. Der Landesvorstand kann weitere Regelungen in einer Richtlinie treffen, die Satzungen der Gliederungen dürfen dieser Richtlinie nicht widersprechen.”

## **RAG7**

### **Beschluss**

Annahme

### **Spitzenkandidaturen**

Ersetze in §2b “Ministerpräsidentenkandidaten bzw. Ministerpräsidentenkandidatin” durch “Spitzenkandidaten bzw. Spitzenkandidatin”.

## **RAG8**

### **Beschluss**

Annahme

### **Ortsvereine I**

Ersetze in §3, Abs. 1 “In jeder Gemeinde wird...” durch: “In jeder Gemeinde soll...”

## RAG9

### Beschluss

#### Annahme

### Ortsvereine II

Ändere §3, Absatz 2 "Bestehen in einer kreisangehörigen Gemeinde mehrere Ortsvereine, bilden sie einen Gemeindeverband/Stadtverband für die Erfüllung kommunaler Aufgaben." in :

"Bestehen in einer kreisangehörigen Gemeinde mehrere Ortsvereine, können sie einen Gemeindeverband/Stadtverband für die Erfüllung kommunaler Aufgaben bilden."

## **RAG11**

### **Beschluss**

#### **Annahme**

### **Ortsvereine V**

Ändere §3, Absatz 7 in: “Die Ortsvereine wählen soweit die entsprechenden Parteitage nicht als Mitgliederversammlungen stattfinden die Delegierten für die regionalen Zusammenschlüsse und zum Unterbezirksparteitag für die Dauer von zwei Jahren. Die Wahlen sollen nach Möglichkeit ab 2022 im Januar oder Februar gerader Kalenderjahre stattfinden. Außerdem wählen sie die Delegierten zur Europadelegiertenkonferenz, zur Wahlkreiskonferenz für den Bundestag und die Stimmkreiskonferenz für Landtag, Bezirkstag, die Aufstellungskonferenzen für Kreistag und soweit keine Mitgliederversammlungen stattfinden für Stadtrat und Gemeinderat unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorschriften, des Organisationsstatuts, der Wahlordnung der SPD und der Bestimmungen dieser Satzung rechtzeitig vor den jeweiligen Versammlungen.”

## **RAG12**

### **Beschluss**

**Annahme**

### **Unterbezirksparteitage**

Ersetze in §6, Abs 7 “Parteitage” durch “Unterbezirksparteitage”

## **RAG13**

### **Beschluss**

**Annahme**

### **Landesvertreter\*innenversammlung**

Ersetze in §8, Ziffer 6 “Landesdelegiertenversammlung” durch “Landesvertreter\*innenversammlung”

## **RAG14**

### **Beschluss**

Annahme

### **Kleiner Landesparteitag**

Ersetze in §10, Absatz 4, Ziffer 7 "Landesparteirates" durch "Kleinen Landesparteitags"

## **RAG15**

### **Beschluss**

**Annahme**

### **Wahl Spitzenkandidat\*in**

Ergänze in §13, Abs 4, Zeile h nach "...für die Landtagswahl": ", sofern keine Urwahl stattfindet."

## **RAG16**

### **Beschluss**

#### **Annahme**

### **Landeswahlprogramm**

Füge ein in §13 Absatz 4 nach Zeile h) eine neue Zeile i) "Beratung und Verabschiedung eines Landeswahlprogramms"

---

## RAG17

### Beschluss

#### Annahme

### Aufgaben des Landesvorstands

Ersetze §15 durch:

”Der Landesvorstand hat neben den in dieser Satzung an anderer Stelle oder im Organisationsstatut des SPD genannten Rechte und Pflichten die folgenden Aufgaben:

1. Er bereitet die Landesparteitage und Kleinen Landesparteitage vor und beruft sie ein.
2. Er vollzieht die Beschlüsse des Landesparteitages und gibt diesem Rechenschaft.
3. Er berät und verabschiedet die ihm vom Landesparteitag überwiesenen Anträge.
4. Er nimmt die Aufgaben und Rechte des Landesverbands wahr, solange sie nicht ausdrücklich dem Landesparteitag vorbehalten sind.
5. Er beschließt auf der Grundlage des Parteiprogramms und der programmatischen Beschlüsse der Landesparteitage und Kleinen Landesparteitage die Politik der BayernSPD.
6. Er berät und unterstützt das Landespräsidium.
7. Er koordiniert die Arbeit der Europaabgeordneten, der Landesgruppe im Deutschen Bundestag, der Landtagsfraktion, der Bezirkstagsfraktionen und den kommunalen Spitzen der SPD in Bayern.
8. Er schlägt Kandidatinnen und Kandidaten für Wahlen auf Bundesparteitagen vor und bestimmt die Vertreterinnen und Vertreter des Landesverbands in den Kommissionen und Ausschüssen des Parteivorstandes.
9. Er beschließt den Landeshaushalt, den Stellenplan und die mittelfristige Finanzplanung, berät und bestätigt die Jahresrechnung.
10. Er berät und beschließt über die Vorlagen der Landeskontrollkommission und nimmt den Bericht der Prüfung durch den Parteivorstand sowie den Rechenschaftsbericht nach dem Parteiengesetz zur Kenntnis.
11. Er verleiht die Georg-von-Vollmar-Medaille und die Helmuth-Rothemund-Medaille.”

## RAG18

### Beschluss

#### Annahme

### Landespräsidium

Ersetze §16, Abs 2 durch: "Dem Landespräsidium gehören an:

1. die oder der Landesvorsitzende bzw. die Landesvorsitzenden,
2. die zwei stellvertretenden Landesvorsitzenden,
3. die Landesschatzmeisterin oder der Landesschatzmeister,
4. die Generalsekretärin oder der Generalsekretär, sofern eine Wahl erfolgt ist,
5. drei weitere, vom Landesvorstand aus seiner Mitte zu wählende, Mitglieder.

Mit beratender Stimme gehören dem Landespräsidium zudem die Landesgeschäftsführerin bzw. der Landesgeschäftsführer an, die bzw. der Vorsitzende des Betriebsrats, Vertretung ist möglich, und die in § 14 Abs. 1 Nr. 6 bis 7 genannten Mitglieder des Landesvorstandes kraft Amtes, sofern sie nicht ohnehin Mitglieder des Landespräsidiums sind."

## **RAG19**

### **Beschluss**

Annahme

### **Aufgaben Landespräsidium**

Ersetze §16, Abs 3, Zeile a durch: "Es vertritt auf der Grundlage des Parteiprogramms und der programmatischen Beschlüsse des Landesparteitags, Kleinen Landesparteitags und Landesvorstands die aktuelle Politik der BayernSPD und setzt sie um."

## **RAG20**

### **Beschluss**

Annahme

### **Aufgaben Landespräsidium II**

Ersetze §16, Abs 3, Zeile d durch: "Es bereitet die Sitzungen des Landesvorstands vor und beruft sie ein."

## **RAG21**

### **Beschluss**

Annahme

### **Aufgaben Landespräsidium III**

Streiche §16, Abs 3, Zeile g.

## **RAG22**

### **Beschluss**

#### **Annahme**

### **Beratende Mitglieder Kleiner Landesparteitag**

Ergänze nach §17, Abs 2 "...oder die Betriebsratsvorsitzende,": "die Landesgeschäftsführerin bzw. der Landesgeschäftsführer sowie die Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter"

## **RAG23**

### **Beschluss**

#### **Annahme**

### **Einberufungen Kleiner Landesparteitag**

Ersetze §17, Abs 3, Satz 1 durch: “Der Kleine Landesparteitag wird vom Landesvorstand mindestens einmal in den Jahren, in den kein Landesparteitag stattfindet, sowie im Falle einer Bundesliste zur Europawahl zur Reihung der bayerischen Bewerberinnen und Bewerber und ansonsten nach Bedarf einberufen.”

**RAG24****Beschluss****Annahme****Einberufung und Leitung Landesvertreter\*innenversammlung**

Ersetze §18, Abs 2 durch: “Die oder der Landesvorsitzende bzw. die Landesvorsitzenden berufen die Landesvertreter\*innenversammlung ein und beauftragen ein Mitglied des Landespräsidiums mit deren Leitung.”

## **RAG26**

### **Beschluss**

**Annahme**

### **Sonderbeiträge, Spenden und Kassenführung**

Ersetze in §24, Abs 1 “Landesparteirat” durch “Kleiner Landesparteitag”

## **RAG27**

### **Beschluss**

Annahme

### **Fraktionsgemeinschaften**

Füge ein nach §29, Abs 1, Satz 1 "...sozialdemokratischen Partei Europas im Europaparlament.":  
"Die Bildung von Fraktionsgemeinschaften ist zulässig."

## **RAG28**

### **Beschluss**

Annahme

### **Delegiertenschlüssel**

Ersetze in §30, Abs 2, Satz 1 “Mitglieder des Landesparteirates” durch: “Delegierten zum Kleinen Landesparteitag”

---

## RAG30

### Beschluss

#### Annahme

### Ein Arbeitsprogramm für die BayernSPD

In § 13 Abs. 4 der bisherigen Satzung der BayernSPD wird eine neue lit. h) eingefügt:

“§ 13 Abs. 4 lit. h) Der Landesparteitag beschließt im Zusammenhang mit der Wahl des Vorstandes ein Arbeitsprogramm. Der Landesvorstand oder von ihm beauftragte Mitglieder erarbeiten eine Beschlussvorlage und reichen diese fristgerecht als Antrag für den Parteitag ein. Im Arbeitsprogramm werden Handlungsaufträge des Parteitages gegenüber dem Landesvorstand formuliert. Es enthält insbesondere inhaltliche Schwerpunkte, Strategien der Verbandsarbeit, Kampagnen, Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung in Partei und Gesellschaft, Ausrichtung der politischen Bildungsarbeit sowie die Sicherstellung der Einbindung aller Untergliederungen und Arbeitsgemeinschaften. Es legt auch fest, welche Themenwerkstätten eingesetzt werden.”

Die bisherige lit. h) wird dadurch zur lit. i).

**RAG32**

**Beschluss**

Erledigt durch SAG1

**Ermöglichung der Wahl einer Doppelspitze für den Landesvorstand**

**A Arbeit****A1****Beschluss****Annahme****Einschränkung sachgrundloser Befristungen noch in dieser Wahlperiode umsetzen!**

Der Landesparteitag fordert das Bundesarbeitsministerium auf, für die im Koalitionsvertrag vereinbarte Einschränkung sachgrundloser Befristungen auf maximal 2,5 % der Belegschaft noch in dieser Legislaturperiode einen Gesetzentwurf einzubringen.

**A2**

**Beschluss**

**14 € Mindestlohn**

Überweisen an

Landesparteitag

**A3****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

**Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen im Einzelhandel**

Die SPD Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, dass die Tarifverträge im Einzelhandel für allgemeinverbindlich erklärt werden. Wir fordern einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag für die Beschäftigten im Handel. Wer während der Pandemie als systemrelevant gefeiert wurde, muss dauerhaft mehr im Geldbeutel haben. Da in den letzten Monaten und Jahren Arbeitgeber\*innen(verbände) immer wieder der Anerkennung als allgemeinverbindliche Tarifverträge widersprochen haben, und damit die Wirkung blockieren konnten, brauchen wir neue Regelungen, um die Verbindlichkeit durchzusetzen.

**Überweisen an**

Bundesparteitag

**P Partei, Struktur und Organisation****P1****Beschluss****Annahme****Für ein besseres Morgen in die Bundestagswahl 2021****13 Punkte für unsere Kampagne****1. Mindestlohn erhöhen – Prekäre Beschäftigung aufheben!**

Das sozialdemokratisch geführte Arbeitsministerium hat 2018 errechnet, dass für eine arbeits-sichere Rente nach einem 45-Jahre langen Arbeitsleben mindestens 12,63€ pro Stunde ausgezahlt werden müssen. Noch immer verdienen in Deutschland viele Menschen unter diesem Lohn, insbesondere in Ostdeutschland und in strukturschwachen Gebieten. Arm trotz Arbeit? Nicht mit uns. „Wir werden nach der Bundestagswahl ein neues Gutachten über die Mindestlohnhöhe, die eine armutsfreie Rente gewährleisten wird, erstellen und den Mindestlohn entsprechend anpassen. Der Mindestlohn wird 13 Euro nicht unterschreiten.

Zudem wollen wir den Folgen von kalten Progressionen politisch entgegenwirken.

**2. Flächendeckende Tarifbindung ist das Ziel!**

Gemeinsam mit den Gewerkschaften werden wir selbstbewusst die Stimme der Arbeitnehmer\*innen vertreten. Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird daher das entschlossene Ziel verfolgen, eine flächendeckende Tarifbindung in allen Branchen bundesweit zu erzielen. So stärken wir Gewerkschaften auch nach Erhöhung des Mindestlohnes und schaffen in allen Aspekten gute Arbeit. Wir möchten Weltmeister der guten Arbeit werden und damit den Wirtschaftsstandort auf einzigartige Art und Weise stabilisieren und auf Nachhaltigkeit ausrichten. Wir handeln statt nur zu klatschen!

**3. Mehr Zeit für das Leben!**

Modellversuche in europäischen Ländern haben gezeigt, dass in vielen Branchen eine Verkürzung der regulären Wochenarbeitszeit sogar zu einer Steigerung der Produktivität führt. Hinzu kommen die positiven Auswirkungen auf die Gesundheit und das Wohlbefinden der Arbeiter\*innen – ein Herzensanliegen für uns Sozialdemokrat\*innen. Wir werden daher in der nächsten Bundesregierung einen Prozess einleiten, der bis zum Ende der Legislatur einen Übergang zu einer regulären gesetzlichen Wochenarbeitszeit von 30 Stunden vollziehen wird. Im Prozess werden folgende Faktoren berücksichtigt, die die Sicherheit des Lebensstandards gewährleisten: Lohnausgleich, Zahlungsfähigkeit der Unternehmen, insbesondere kleine handwerkliche Betriebe und andere.

**4. Energiewende – lokal, kommunal, solidarisch!**

Wir schaffen ein neues Energiewende-Gesetz und ermöglichen es Kommunen, ohne Mehrkosten ein lokales Netz an erneuerbaren Energien aufzubauen. Diese sollen in kommunaler Hand bleiben und Gewinne, die sie durch die Einspeisung des Stromnetzes erzielen, gleichmäßig auf alle Haushalte in der Kommune verteilen. Damit erhöhen wir die Akzeptanz für Solar- und Windenergie, schaffen Anreize und senken mit der Kostenübernahme durch den Bund Investitionshemmnisse. Damit erreichen wir das Ziel, Deutschland bis 2030 vollständig mit erneuerbaren Energien zu versorgen und eine Netto-Null Klimabilanz zu erreichen.

### **5. Mobilität neu denken – in ein neues Zeitalter!**

Wir setzen auf öffentliche Verkehrsmittel und fördern den Ausbau von Bus- und Bahn von der Kommune bis hin zum Fernverkehr. Wir möchten Inlandsflüge überflüssig machen und einen europäischen Rahmen für Bahnverkehr schaffen, der kostengünstige und schnelles Reisen auf Schnellfahrstrecken ermöglicht. Der öffentliche Personennahverkehr muss kostenfrei werden: Zuerst für Menschen mit niedrigem Einkommen, Schüler\*innen, Auszubildende und Studierende, mittelfristig wollen wir den fahr-scheinlosen öffentlichen Nahverkehr verwirklichen. Unser kurzfristiges Ziel ist es ein bundesweites Angebot für 365€ Tickets zu schaffen, um allen Bürger\*innen eine Chance auf bezahlbare Mobilität für 1€ pro Tag zu ermöglichen.

### **6. Endlich wieder kostenfreie Bildung!**

Das BAföG ist eine sozialdemokratische Erfolgsgeschichte, die nach Jahren von schwarz-gelber Bildungspolitik fast vollständig ausgehöhlt wurde. Nur noch 10% aller Studierenden profitieren vom Fördergeld, die Anzahl der Bezieher\*innen geht zurück, obwohl die Geldnot nicht weniger ist. Wir setzen uns für ein höheres, armutsfestes BAföG ein, das insbesondere besser auf den lokalen Mietspiegel eingeht. Zudem muss es für die gesamte Studien-, Schul-, bzw. Ausbildungszeit als elternunabhängiger Vollzuschuss ausgezahlt werden. Nur so hängt der Zugang von Bildung nicht länger vom Geldbeutel der Eltern oder dem eigenen Verdienst ab.

### **7. Ausbildungen aufwerten – Chancen für die Jugend schaffen!**

Wir möchten eine Ausbildungsplatzgarantie für junge Menschen schaffen! Die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung der Mindestausbildungsvergütung auf den BAföG-Höchstsatz, der zum Leben reichen muss, schaffen zusätzliche Anreize. Gemeinsam mit unsere Ministerpräsident\*innen möchten wir zudem sicherstellen, dass Absolvent\*innen von Berufsausbildungen automatisch eine Hochschulzulassungsberechtigung erhalten und die Möglichkeit bekommen, kostenfrei einen Meister abzuschließen.

### **8. Gemeinsam gegen Faschismus und Rechtsradikale!**

Nach den NSU-Morden, den etlichen Skandalen um Rechtsextreme in der Polizei, dem Mord an Walter Lübcke, dem antisemitischen Anschlag in Halle, dem rassistischen Terrorakt in Hanau und unzähligen weiteren rassistisch motivierten und rechtsextremen Gewalttaten können wir nicht weiter von Einzelfällen sprechen. Wir müssen anfangen, diese Taten klar beim Namen zu nennen: Es waren rechts-extreme Terroranschläge. Und es bedarf klarer staatlicher Strategien gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus. Dazu müssen diese Themen stärker in den Fokus von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen gerückt und klar angesprochen werden. Außerdem muss der Staat rechtsextreme Gefahren frühzeitig erkennen, mit externen wissenschaftlichen Studien auch eigene Strukturen durchleuchten und Polizeien und Sicherheitsbehörden deutlich stärker für rechten Terror sensibilisieren. Dazu

braucht es unabhängige Beschwerdestellen innerhalb der Sicherheitsbehörden, um die Aufklärung etwaigen Fehlverhaltens ohne Angst vor Konsequenzen zu gewährleisten. Nicht zuletzt ist es aber auch Aufgabe eines Staates, antifaschistische zivilgesellschaftliche Initiativen zu fördern, um so ein gesamtgesellschaftliches Bollwerk gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus aufzubauen.

### **9. Wir sind für euch da – egal woher ihr kommt!**

Seit den 1990er Jahren wurde das Grundrecht auf Asyl immer weiter abgeschwächt. Heute ist eine Einreise nach Deutschland mit dem Ziel, sich eine wirtschaftliche und soziale Existenz aufzubauen, nahezu unmöglich geworden. Wir werden eine Kehrtwende der bisherigen Politik des lauten Geschreis und der Ausgrenzung schaffen. Wir werden das Geordnete-Rückkehr-Gesetz zurücknehmen und werden Geflüchteten die Einreise ermöglichen. Arbeitsverbote werden aufgehoben, der freie Zugang zu Sprachkursen und Ausbildungen werden gewährleistet. Wir werden die Unterbringung von Geflüchteten nur noch auf dezentraler Ebene akzeptieren. Deutschland muss ein offenes Land werden – wir wissen, dass Migration weder Gefahr noch Übel ist, sondern unterstützenswert ist.

### **10. Frauenrechte & Gleichstellungsfragen sind nicht von Gestern!**

Wir möchten die gesetzliche Gleichstellung aller Geschlechter vollenden. Dafür streichen wir die Paragraphen 219a und 218 aus dem Strafgesetzbuch und legalisieren damit Schwangerschaftsabbrüche. Zudem sorgen wir für eine verfassungskonforme Wahlrechtsreform, die eine paritätische Repräsentation von Frauen in den Parlamenten ermöglicht. Die Geschlechtseintragung *divers* soll für alle Menschen frei wählbar sein und durch weitere Begriffe ergänzt werden. Eheschließungen werden nicht länger an das Geschlecht geknüpft sein – damit schaffen wir die Ehe für tatsächlich alle. Durch Bürger\*innenräte, die sich aus von Diskriminierung betroffenen Menschen und Expert\*innen zusammensetzen, werden wir uns aus erster Hand beraten lassen, Ungleichheiten in der Gesellschaft abzubauen.

### **11. Endlich digitalisieren, als wäre es 2021!**

Alle Haushalte sind bis ins Haus mit schnellem Internet auszubauen. Verbindungen via Glasfaser müssen dabei der Standard sein, um einen Ausbau zu gewährleisten, der allen Nutzenden gleichwertige Bedingungen für ihren digitalen Alltag bietet. Mobilfunknetze sind lückenlos auszubauen, Anbieter müssen ihre Netzabdeckung allen Geräten zur Verfügung stellen. Nationales Roaming ist dazu der Schlüssel. Wir wollen den 5G-Standard für alle! Wir wollen die Versorgung mit gutem Internet wieder in die öffentliche Hand überführen. Wichtiger ist jedoch die Schaffung von Akzeptanz für digitale Lösungen und Kompetenzen. Daher starten wir die größte Fortbildungsoffensive, die es in Deutschland jemals gab – und bieten allen im öffentlichen Sektor tätigen eine vollständige Modernisierung ihres Arbeitsplatzes auf den neuesten Stand der Technik an, verbunden mit kostenfreien Fortbildungen in (Hoch)-Schule und Beruf.

### **12. Solidarisch steuern wir das schon!**

Es ist an der Zeit, für Gerechtigkeit im Steuerwesen zu sorgen. Leitsatz soll sein, dass die Steuer- und Abgabenlast stets progressiv steigen soll. Die niedrigen Einkommen werden gering belastet, die hohen Einkommen werden dementsprechend höher belastet. Eine Vermögenssteuer wird unser Mittel der Wahl zu sein, die großen Herausforderungen und Investitionen dieses Jahrzehnts zu stemmen. Auch bei den Sozialversicherungen werden wir nachbessern: wir nehmen Privatisierungen zurück und überführen Kranken-, Pflege- Renten- und Arbeitslosenfürsorge vollständig in die öffentliche Hand, an der sich perspektivisch neben allen Arbeitnehmer\*innen auch Beamte und Selbstständige beteiligen werden.

**13. Wer Visionen hat, muss in die Bundesregierung gehen!**

Wir streben an, die CDU und CSU mit dieser Bundestagswahl in die Opposition zu schicken. Sechszehn lange Jahre Stillstand und Visionslosigkeit an erster Stelle müssen vorbeigehen. Unsere Zukunftsprojekte werden wir nicht mit einer Partei verwirklichen können, die sich seit über einem Jahr in Personalfragen verliert. Wir setzen uns daher für eine Mehrheit im neuen Bundestag mit Bündnis90/Die Grünen und der Linkspartei ein, die wir als unsere bevorzugten Koalitionspartner\*innen ab 2021 ansehen. Eine weitere Koalition mit den Unionsparteien schließen wir aus. Wir stellen selbstbewusst den Anspruch, zu regieren – dafür kämpfen wir!

**S Soziales, Gesundheit und Pflege****S1****Beschluss**

Annahme

**Pandemie global besiegen – Impfstoff für alle Länder ermöglichen**

Wir fordern die SPD-Mandatsträger/innen in den Landesparlamenten, dem Bundestag und auf europäischer Ebene auf, sich dafür einzusetzen, dass der Patentschutz von Covid-19 Impfstoffen zugunsten einer tatsächlich globalen wirksamen der Bekämpfung der Pandemie aufgehoben wird.

**R Rechtsextremismus bekämpfen und Antifaschismus****R1****Beschluss**

Annahme

**Forderungen zum Thema Polizeigewalt und rassistischen Einstellungen in der Polizei**

1. Wir fordern eine Studie zu Rechtsextremismus und Racial Profiling für alle Organe, die das Gewaltmonopol der Bundesrepublik und ihrer Bundesländer verkörpern.
2. Das Verständnis von strukturellem Rassismus muss wesentlicher Bestandteil von der Ausbildung und Weiterbildung einer jeden Polizistin und eines jeden Polizisten sein.
3. Die Zusammensetzung des Polizeikörpers muss in der Art divers gestaltet werden, dass sie einen Querschnitt durch die Gesellschaft widerspiegelt.
4. Die Einrichtung von unabhängigen Schiedsstellen für Polizeigewalt (wie es in Belgien und Dänemark der Fall ist), um die Möglichkeit für Interventionsmöglichkeiten zu gewährleisten.

**M Migration, Integration und Geflüchtete****M1****Beschluss****Annahme in geänderter Fassung****Geflüchtete aus Moria retten!**

Ausgelegt auf 2.500 Personen wurde das Flüchtlingslager in Moria mit 13.000

Bewohner\_innen zum größten Geflüchtetenlager Europas. Die Situation im Lager von Moria ist seit 2014 katastrophal. Die Verbreitung des Corona-Virus und der Brand haben die dramatische Lage weiter verschlechtert. Im Moment ist ein Großteil der Schutzsuchenden des Lagers in Moria in Lesbos untergebracht. Die Zustände dort sind weiterhin unmenschlich, die grundlegende Versorgung mit Wasser und Essen ist nicht gewährleistet. Ein zweites Moria darf es nicht geben!

Deshalb liegt es an uns, umgehend zu handeln!

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands gründete sich nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland neu, ihre Mitglieder waren gezeichnet von Flucht, Verfolgung und Vertreibung. Den Schwächeren in der Not zur Hilfe zu eilen ist die DNA unserer Partei.

Über Jahre hinweg haben die Regierungen in der Europäischen Union die Augen bezüglich der Situation der Geflüchteten verschlossen. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung als Europäische Union, Menschen, die vor Krieg und Vertreibung flüchten, ein Leben in Sicherheit, in Abwesenheit von Krieg und Verfolgung zu ermöglichen.

Wir hätten schon längst handeln müssen! Es ist die Verantwortung der Europäischen Union, gemeinsame Antworten und Lösungen zu finden.

13.000 Menschen sind durch den Brand im Lager in Moria obdachlos geworden. Der Bundesinnenminister, Horst Seehofer, hat zunächst eingeräumt, 150 Geflüchtete aus Moria aufzunehmen und nun zögerlich die Aufnahme von 1.500 Asylsuchenden signalisiert. Für uns als SPD ist klar: Menschlichkeit kennt keine Obergrenze! Deutschland, als eines der reichsten Länder der Erde, hat die Mittel und den Platz, Menschen in Not problemlos aufnehmen zu können. Wir fordern die Bundesregierung auf, den Menschen aus Moria Schutz zu gewähren, auch wenn keine europäische Lösung zum jetzigen Zeitpunkt gefunden wird.

Wir fordern, auch als Mitglied im Bündnis #Bayernnimmtauf, die Bayerische Staatsregierung auf, ihren unerbittlichen Kurs gegenüber den Geflüchteten in den griechischen Lagern zu ändern. Sie muss ein bayerisches Programm zur Aufnahme von Geflüchteten von den griechischen Inseln einrichten.

**E Europa, Internationales und Frieden****E2****Beschluss****Annahme****Keine atomare Rüstungsspirale**

- Die SPD lehnt eine sog. Modernisierung der amerikanischen Atomwaffen, die immer noch im rheinland-pfälzischen Militär-Flugplatz Büchel lagern, ab
- Die SPD lehnt atomwaffenfähige Flugzeuge, wie sie als Nachfolge für den derzeit eingesetzten Tornado in Unionskreisen gefordert werden, ab
- Die SPD tritt für einen Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Atomwaffenverbotsvertrag ein.

## E4

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

### Aufstehen gegen Internierungslager in China

Wir fordern den Bundesvorstand dazu auf im Auswärtigen Amt für die Prüfung von Sanktionen gegen natürliche und juristische Personen und Unternehmen einzutreten, die

An der Bereitstellung von Technologie für den Aufbau und Betrieb von Internierungslagern in Xinjiang beteiligt sind An politischen und bürokratischen Entscheidungen zur Errichtung und zum Betrieb dieser Lager beteiligt sind In den Lagern in leitender Funktion tätig sind

Es ist zu überprüfen, inwiefern Folgendes in Kraft gesetzt werden kann

1. Ein Verbot der Einreise nach Deutschland und der Durchreise aller sanktionierten natürlichen Personen
2. Das Einfrieren aller Vermögenswerte der sanktionierten natürlichen und juristischen Personen in Deutschland

Weiterhin ist zu prüfen ob

1. Die Zahlung von Geldern für Entwicklungshilfe an China seitens der Bundesrepublik beendet werden kann
2. Ein Verbot der Ausfuhr von Überwachungstechnologie an China die genutzt werden kann um politische Gegner und Mitglieder ethnischer Minderheiten ausfindig zu machen
3. Der Schutz von ehemaligen politischen Häftlingen aus Diktaturen und Kriegsgebieten, hier am Beispiel der Volksrepublik China, verbessert werden kann

Die chinesische Regierung hat in der Provinz Xinjiang 1200 Lager mit über einer Million Insassen errichtet, in denen sie die ethnische Minderheit muslimischer Chinesen, die Uiguren interniert. Inhaftierte berichten von Vergewaltigung und Folter, sogar grundlegende menschliche Bedürfnisse wie Gänge auf die Toilette sind beschränkt.

Auch deutsche Unternehmen sind an der Überwachung der Uiguren, die zu deren Inhaftierung in Lager führt, beteiligt. Siemens unterhält beispielsweise eine Technologiepartnerschaft mit dem verantwortlichen chinesischen Militärunternehmen und die KfW finanziert den Bau einer U-Bahn in der Provinzhauptstadt deren Ticketsystem Teil der Massenüberwachung ist.

Die deutsche Geschichte lehrt uns, dass die Internierung von Menschen auf Grund ihrer ethnischen Zugehörigkeit und ihrer Religionszugehörigkeit in streng bewachten Lagern einen beispiellosen Akt der Barbarei darstellt, der durch entschlossenes Handeln der Staatengemeinschaft sofort zu beenden ist.

Der Gedanke, dass deutsche Unternehmen Technologie und Gelder für dieses Lager- und Überwachungssystem bereitstellen ist unerträglich. Das die verantwortlichen Beamten und Parteifunktionäre nach Belieben in Deutschland reisen dürfen und freien Zugriff auf ihr sich in Deutschland befindliches Vermögen haben ist vollkommen unverständlich.

Die Bundesregierung muss deshalb durch den Einsatz von individuellen Sanktionen ihre Möglichkeiten der Einflussnahme nutzen und somit der historischen Verantwortung Deutschlands gerecht werden.

**U Umwelt, Energie und Verbraucherschutz****U2****Beschluss****Annahme****Abschaffung der Subventionen für alle fossilen Energieträger**

Die SPD setzt sich für die Abschaffung (weiterer) Subventionierung und steuerliche Begünstigung fossiler Energieträger ein.

Zudem wird die SPD Bundestagsfraktion dazu aufgefordert, dieses Vorhaben innerhalb der Bundesregierung umzusetzen.

**W Wirtschaft, Finanzen und Entwicklungszusammenarbeit****W2****Beschluss****Annahme in geänderter Fassung****Lieferkettengesetz jetzt!**

Ausbeuterische Kinderarbeit, Hungerlöhne, Umweltschäden: Seit langem werden die Produktionsbedingungen in Entwicklungsländern in Afrika oder Asien angeprangert. Oft als Billigprodukte landen Schokolade, Schuhe, Kleidung oder Kaffee in deutschen Läden. Immer wieder hat sich gezeigt, dass Unternehmen ihrer menschenrechtlichen Verantwortung freiwillig nicht hinreichend nachkommen. Das muss geändert werden.

Wir wollen, dass Unternehmen Menschenrechte und die Umwelt achten. Und zwar in ihrer gesamten Lieferkette, von der Rohstoffgewinnung bis zu den Endkundinnen und -kunden. Wir sind stolz darauf, dass unsere Partei im Koalitionsvertrag festgelegt, dass eine gesetzliche Regelung zu kommen hat.

SPD-Arbeitsminister Hubertus Heil und Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) hatten bereits Eckpunkte zu einem solchen Gesetz vorgelegt. Denen zufolge sollen in Deutschland ansässige Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten dazu verpflichtet werden, sicherzustellen, dass die Menschenrechte bei all ihren Aktivitäten gewahrt sind. Das würde zum Beispiel für einen Schokoladehersteller bedeuten, dass dies auch auf den Kakaoplantagen der Fall ist. Dort darf keine Kinderarbeit stattfinden, es müssen Arbeitsschutzregelungen eingehalten werden und Arbeiter müssen sich gewerkschaftlich organisieren dürfen. Vernachlässigen die Unternehmen diese Sorgfaltspflicht, müssten sie dafür haften. So haben Betroffene die Möglichkeit, ein Unternehmen bei Verstößen zur Rechenschaft zu ziehen.

In der Bevölkerung genießen diese Pläne großen Rückhalt: So befürworteten nach einer aktuellen repräsentativen Umfrage von Infratest dimap drei von vier Befragten ein Gesetz, das Unternehmen zur Einhaltung von Sorgfaltspflichten in der Lieferkette verpflichtet. Selbst unter den Anhängern der Union spricht sich eine ebenso große Mehrheit für das Gesetz aus.

Doch von Teile der Union, insbesondere vom Wirtschaftsminister Altmaier wird das Gesetz blockiert. Die BayernSPD verurteilt diese Haltung und fordert die Bundestagsfraktion auf, die gesetzliche Regelung weiterhin zu verfolgen. Wir stehen damit auf der Seite der großen kirchlichen Hilfsorganisationen Brot für die Welt und Misereor.

## Y Initiativanträge

### Y1

#### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Gemeinsam die Pandemie bewältigen. Für eine verantwortungsvolle Pandemie-Politik. Nur eine Eindämmungsstrategie schafft Perspektiven.**

Unser gesellschaftliches Miteinander solidarisch und rücksichtsvoll zu gestalten ist oberstes Anliegen für uns als Sozialdemokrat\*innen. Für uns steht der Schutz von Menschenleben im Mittelpunkt – das bedeutet auch, den Menschen in diesem Land wieder Ausblick auf ein normalisiertes, angst- und krisenfreies Leben geben zu können. Nach einem Jahr Corona-Krise ist unsere Gesellschaft auf einem gefährlichen Tiefpunkt: Vertrauen in unsere Entscheidungsträger\*innen schwindet und Wissenschaftsleugner\*innen verbreiten Unwahrheiten und bekommen hierfür eine Bühne. Auf den Straßen treffen sich regelmäßig krude Mischungen von Verschwörungsgläubigen, Rechtsradikalen und Esoteriker\*innen aus dem bürgerlichen Spektrum. Sie alle eint ein äußerst unsolidarischer und rücksichtsloser Umgang mit der komplexen Pandemie. Gleichzeitig leben immer noch Millionen von Menschen in Angst und Verunsicherung, Intensivkapazitäten schwinden und auch finanzielle und psychische Ressourcen werden knapp. Es ist absolut verständlich und nachvollziehbar, dass wir uns alle nach einem anderen Leben sehnen.

Die aktuelle Lage ist nicht nur eine Gesundheitskrise aufgrund einer Pandemie, sondern auch eine Krise unserer Wirtschaftsform, des Kapitalismus. Daher plädieren wir für eine verantwortungsvolle und umfassende Eindämmungsstrategie gegen die COVID-19-Pandemie und eine soziale Abfederung der Maßnahmen. Wir wählen diesen Weg der öffentlichen Positionierung, die wir durch Beschluss des Landesparteitags zukommen lassen, weil wir uns durch das dynamische Pandemiegeschehen gezwungen sehen, schnelles und entschlossenes Handeln einzufordern. Die nun beschlossene Bundesnotbremse ist ein wichtiges Gesetz für die mittelfristige Eindämmung der Pandemie. Kurzfristig kann sie aber den akuten Erfordernissen nicht gerecht werden. Bund und Länder müssen über weitere Schritte entscheiden.

Entscheidend hierfür sind die Entwicklungen der letzten Wochen. Das Pandemiegeschehen hat sich leider nicht so entwickelt wie erhofft, die Auslastungen auf den Intensivstationen haben bedrohliche Ausmaße angenommen, die Inzidenzen bei Kindern ist sehr stark angestiegen. Die Impfkampagne kam durch Lieferengpässe, Nichteinhaltung der Lieferversprechen und die notwendigen Anpassungen der STIKO aufgrund der Probleme mit dem Impfstoff von Astra Zeneca, immer wieder ins Stocken. Mehr und mehr Beschäftigte im Gesundheitsbereich sind arbeitsunfähig oder kündigen aufgrund der Belastung und der Zustände.

Nichtsdestotrotz befinden wir uns bei der Bekämpfung der Pandemie auf den letzten Metern. Aus Israel und Großbritannien wissen wir, dass bereits bei einer Erstimpfquote von über 50% die Infektionszahlen stark sinken und bedenkenlos Lockerungsschritte vollzogen werden können. Diese Quote haben wir in

der Bundesrepublik bis spätestens Ende Mai erreicht. Bis dahin wollen wir als BayernSPD nichts unversucht lassen, um möglichst viele Menschenleben zu retten, um gemeinsam aus dieser Krise zu kommen. Hierfür sind folgende Schritte notwendig:

Im Konkreten fordern wir:

- Eine wirkungsvolle „Notbremse“, die die Inzidenzen so weit senkt, dass eine realistische Kontaktverfolgung durch die Gesundheitsämter wieder möglich ist. Dies sind Werte unter 50 besser unter 35, wie seit Beginn der Pandemie bekannt ist, jedoch später unverantwortlich systematisch ignoriert wurde. Dabei müssen alle Bereiche des Lebens in den Blick genommen werden: Auch vor mehr Arbeitsschutz in Betrieben darf nicht mehr zurückgeschreckt werden. Überall, wo Begegnungen unvermeidlich sind, muss eine Masken- und Testpflicht (mindestens zweimal pro Woche) gelten. Es braucht eine echte Homeofficepflicht, die Ausnahmen nur in begründeten Fällen zulässt. Betriebe und Arbeitsstätten dürfen nur mit einem Hygienekonzept betrieben werden, das diesen Standards entspricht. Die Anwendung muss kontrolliert und Nichteinhaltung sanktioniert werden. Auf die Bedürfnisse im Privaten – insbesondere in Familien – muss mehr Rücksicht genommen werden: Die Bildung von privaten Kontaktgruppen, die sich nach außen schützen und untereinander ohne Verunsicherung verkehren können, muss aktiv gefördert werden. Weitere Einschränkungen von privaten Kontakten sind weder kontrollierbar noch gesund. Doch auch hier muss klar sein: Treffen in geschlossenen Räumen sollten vermieden werden, Hygienemaßnahmen sind zu ergreifen. Insbesondere das Verwenden einer hochwertigen Maske sollte Standard sein. Hingegen sollten Treffen im Freien möglich bleiben.
- Flankiert werden muss die „Notbremse“ von einer umfassenden, mehrsprachigen und leicht verständlichen Aufklärungskampagne, die keine Kosten und Mühen scheut, die Ausbreitungsweise der SARS-CoV2-Viren zu erklären und Bürger\*innen in großer Zahl befähigt, eigenverantwortlich zu handeln. Dazu gehört auch, wie Schnelltests anzuwenden sind und welche Aussagekraft sie haben. Die Bedeutung und Notwendigkeit von hochwertigen Masken, das Vermeiden von Treffen in geschlossenen Räumen - insbesondere auch in Folge von Lohnarbeit, und den individuellen und gesellschaftlichen Nutzen der Impfungen.
- Kurzfristige Entlastung für Beschäftigte im Gesundheitsbereich. Insbesondere Beschäftigte auf Covid-Stationen sind absolut am Limit. Die Kündigungszahlen sind hoch. Umfragen zeigen, dass ein Drittel der Beschäftigten darüber nachdenkt die Branche zu wechseln. Wir brauchen mehr als Klatschen auf dem Balkon. Die Beschäftigten brauchen eine kurzfristige Entlastung, daher ist eine Verschärfung der Maßnahmen erforderlich. Die Beschäftigten brauchen eine kurzfristige Anerkennung. Daher soll der Bund eine Sonderprämie an die Beschäftigten im Gesundheitsbereich mit Covid-Bezug ausgeben. Mittelfristig braucht es dann höhere Tarifverträge und mehr Anerkennung. Den warmen Worten müssen hier endlich Taten folgen.
- Druck und Verunsicherung von den Schulen nehmen: Schüler\*innen, Lehrer\*innen und Eltern wünschen sich nichts sehnlicher als verlässliche und verantwortungsvolle Perspektiven für den Bildungsbereich. Es muss jetzt klar kommuniziert werden, wie die nächsten Monate verlaufen sollen.

Solange die Inzidenz so hoch ist, dass Kontaktverfolgung durch die Gesundheitsämter nicht möglich ist, kann Präsenzunterricht nicht verantwortet werden. Während dieser Zeit müssen Schüler\*innen und Eltern entlastet werden und der Leistungs- und Anpassungsdruck durch Home-schooling muss minimiert werden. Kinder und Jugendliche müssen (insbesondere sobald die Impfungen für U16 zugelassen sind) in der Impfstrategie entsprechend höher priorisiert werden. Kinder und Jugendliche müssen Zugang zu sozialen Kontakten haben, die in geschützten, von den Familien selbst bestimmten Kleingruppen stattfinden. Eltern mit jüngeren Kindern im schulpflichtigen Alter müssen schnell und unkompliziert die Möglichkeit erhalten, für die Zeit von Schulschließungen frei zu nehmen und erhalten Lohnersatz durch den Staat. Insbesondere Eltern in systemrelevanten Berufen müssen unkomplizierte Zugänge zu Notbetreuung haben. Diese sollte aus Gründen des Infektionsschutzes jedoch nicht zu weit gefasst werden.

- Ausgleich und Perspektive für Wirtschaft und Kultur. Für die Dauer von Betriebsschließungen und Eindämmungsmaßnahmen muss es selbstverständlich kraftvolle Hilfen für Einzelhandel, Gastronomie, Reise- und Kulturbranche geben. Arbeitsplätze und Existenzen dürfen durch diese Pandemie nicht vernichtet werden. Perspektive und Planbarkeit sowie eine schnelle Rückkehr zur Normalität in auch diesen besonders betroffenen Branchen stehen für uns im Mittelpunkt einer verantwortungsvollen Wirtschaftspolitik. Eine weitere Verschleppung der Pandemie können wir uns weder wirtschaftlich noch gesellschaftlich leisten.
- Studien aus Großbritannien und neueste Zahlen des RKI legen dar, dass arme Menschen besonders stark von der Pandemie betroffen sind und einem signifikant höheren Infektionsrisiko ausgesetzt sind. Wegen schlechterer Arbeitsbedingungen, beengtem Wohnraum und schlechteren Zugang zu hochwertigeren Masken. Dieser Aspekt muss stärker in den Fokus sozialdemokratischer Politik rücken. Die Bundestagsfraktion soll sich dafür einsetzen eine weitere Corona-Sonderzahlung auszuschütten und es braucht strengere Kontrollen der Arbeitsplätze, z.B. durch den Zoll. Sozialleistungsbezieher\*innen müssen in der Impfreihenfolge besser priorisiert werden.
- Es darf keine Generation Corona geben. Auch auf den Ausbildungsmarkt hat die Pandemie dramatische Auswirkungen. So gehen die angebotenen Ausbildungsplätze deutlich zurück. Gleichzeitig beklagen viele Arbeitgeber den Fachkräftemangel. Deshalb fordert die BayernSPD, dass die Arbeitgeber\*innen ihre Verantwortung auch in der Krise wahrnehmen und weiter ausbilden. Langzeitfolgen, wie eine hohe Jugendarbeitslosigkeit oder eine verstärkte soziale Ungleichheit müssen vermieden werden. Die Ausbildungsplatzreduzierung ist gerade in ihrer sozialen Auswirkung von hoher Bedeutung. Wenn die Ausbildung zurückgefahren wird, betrifft dies häufig vor allem Hauptschul- und Realschulabgänger\*innen. Soziale Ungleichheiten werden damit verstärkt. Es braucht Perspektiven für die junge Generation und eine Generation Corona unter den Auszubildenden und dual Studierenden muss verhindert werden. Die aktuellen Maßnahmen der Bundesregierung mögen eine erste Hilfe darstellen, sie setzen aber nur an den Krisensymptomen an. Wir brauchen in der Ausbildung strukturelle Änderungen. Nötig ist eine Ausbildungsgarantie nach dem Vorbild Österreichs, die den Jugendlichen, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz bekommen, den Einstieg in das erste Ausbildungsjahr in einer außerbetrieblichen Ausbildung bietet. Dies soll durch die Arbeitgeber mitfinanziert werden.
- Impfstoff vorrausschauend bestellen. Es deutet sich an, dass aufgrund der Mutationen eine Nachimpfung erforderlich sein könnte. Hierfür müssen schon jetzt Bestellungen abgegeben werden. Es sollten nicht wieder die gleichen Fehler begangen werden wie in der aktuellen Phase.

Deutschland sollte auch den Aufbau von Produktionskapazitäten unterstützen. Die Patente sind freizugeben, damit die ganze Staatengemeinschaft davon profitieren kann. In einer globalisierten Welt profitieren wir von jeder Impfung. Mutationen werden nur vermieden, wenn auch in anderen Ländern die Pandemie gestoppt werden kann.